



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 18.01.2023**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:28 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Lange
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock-Harder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertreterin für Frau Ranft
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler Vertreter für Herrn Wels
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Eigendorf
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Verwaltung

Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Dörte Riedel	Referentin im Geschäftsbereich für Stadtentwicklung und Umwelt
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Dr. Marquardt eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu **Fragesteller 1 zur Einwohnerfragestunde**

Fragesteller 1 bezog sich auf die rechtlichen Vorgaben hinsichtlich der Einwohnerfragestunde. Er sagte, dass das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt regelt, dass Einwohner Fragen hinsichtlich Angelegenheiten der Kommune stellen können. Die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse regelt, dass Fragen zulässig sind, die von allgemeinem Interesse sind und im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegen. Die Einladung zu den entsprechenden Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse verkürzt das Ganze und besagt, dass Fragen von kommunalen Interesse zulässig sind.

Er fragte, welche Regelung zukünftig zur Anwendung kommt. Er erwartet in der Einwohnerfragestunde von der Verwaltung eine inhaltliche Antwort, die auch mal Fehler enthalten kann. Eine Antwort pro forma ist nicht ausreichend, noch dazu, wenn diese bewusst sachlich falsch gegeben wird. Er fragte, inwieweit die Verwaltung bei ihren Aussagen haftbar ist.

Frau Dr. Marquardt wies den Vorwurf zurück, dass bewusst falsche Antworten gegeben werden.

Herr Schreyer sagte, dass die Regelungen der Geschäftsordnung gesetzeskonform sind. Die Regelungen entsprechen der Rechtsauffassung des Landesverwaltungsamtes, die die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse gebilligt hat. Insoweit bewegt sich die Stadt Halle (Saale) im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und wird dies auch zukünftig weiter so tun.

Fragesteller 1 bezog sich im Weiteren auf das Positionspapier der Stadt Halle (Saale) zum Koalitionsvertrag des Landes Sachsen-Anhalts 2021 und bat um Prüfung, ob die ehemals getätigte Äußerung, dass dieses nicht öffentlich zur Verfügung gestellt werden kann, noch haltbar ist.

Es lagen keine weiteren Einwohnerfragen vor, sodass **Frau Dr. Marquardt** die Einwohnerfragestunde beendete.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Dr. Marquardt** stellvertretend eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Marquardt schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 6.1

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Instandsetzung der Geh- und Radwege am Böllberger Weg

Vorlage: VII/2022/04859

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.2 + Änderungsantrag TOP 6.2.1

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems

Vorlage: VII/2022/04994

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.3

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Durchführung eines Sofortprogramms „Gewusst wie!“ der EVH

Vorlage: VII/2022/04596

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **wurde vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 6.4

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren

Vorlage: VII/2022/04991

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **wurde im Fachausschuss vertagt**

TOP 6.6

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer verpflichtenden MDV-Ticket-Auflage bei Großveranstaltungen

Vorlage: VII/2022/05062

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **wurde im Fachausschuss vertagt**

Frau Dr. Marquardt sagte, dass keine Punkte auf die Tagesordnung zu setzen sind. Sie wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 6.5

Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (MitBürger & Die PARTEI) zur Abschaffung von personenbezogenen Dienstwagen im Konzern Stadt Halle (Saale) und bei den städtischen Töchtern

Vorlage: VII/2022/04860

➔ **Beschlussvorschlag wurde geändert**

Herr Menke sagte, dass der Antrag seiner Fraktion unter dem Tagesordnungspunkt 12.1 vertagt werden soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung, so dass **Frau Dr. Marquardt** um Abstimmung dieser bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.12.2022
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 14.12.2022
Vorlage: VII/2022/05071
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Instandsetzung der Geh- und Radwege am Böllberger Weg
Vorlage: VII/2022/04859 **abgesetzt**
- 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems
Vorlage: VII/2022/04994 **abgesetzt**

- 6.2.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems (VII/2022/04994)
Vorlage: VII/2023/05139 **abgesetzt**
- 6.3. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Durchführung eines Sofortprogramms „Gewusst wie!“ der EVH
Vorlage: VII/2022/04596 **abgesetzt**
- 6.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren
Vorlage: VII/2022/04991 **vertagt**
- 6.5. Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (MitBürger & Die PARTEI) zur Abschaffung von personenbezogenen Dienstwagen im Konzern Stadt Halle (Saale) und bei den städtischen Töchtern
Vorlage: VII/2022/04860
- 6.6. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer verpflichtenden MDV-Ticket-Auflage bei Großveranstaltungen
Vorlage: VII/2022/05062 **vertagt**
7. Mitteilungen
- 7.1. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Inés Brock-Harder (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Einrichtung einer Telefonhotline für Eltern, Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema Jugendkriminalität
Vorlage: VII/2022/04987
- 7.2. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Annette Kreuzfeldt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Winterdienst auf Radwegen
- 7.3. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Carsten Heym (AfD-Stadtratsfraktion) zu Ampelschaltungen im Stadtgebiet
- 7.4. Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu einer digitalen Hundemarke
Vorlage: VII/2022/04988
- 7.5. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einem Fußgängerüberweg in der Ankerstraße
Vorlage: VII/2022/04964
- 7.6. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) für eine Hundewiese am Grünen Feld
Vorlage: VII/2022/04975
- 7.7. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zum Radweg in der Elsa-Brändström-Straße
Vorlage: VII/2022/04977
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

Nicht öffentlicher Teil

- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.12.2022
- 11. Beschlussvorlagen
- 11.1. Umsetzung eines Mitarbeiters und Übertragung der Tätigkeiten als Beauftragter Migration und Integration
Vorlage: VII/2022/05023
- 11.2. Umsetzung einer Mitarbeiterin und Übertragung der Tätigkeiten als Abteilungsleiterin Personalcontrolling
Vorlage: VII/2022/05052
- 11.3. Besetzung von zwei Stellen als Sachbearbeiter bautechnische Nachweise - Brandschutz im Fachbereich Städtebau und Bauordnung
Vorlage: VII/2022/05046
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 12.1. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer Pflichtverletzung
Vorlage: VII/2022/04982 **vertagt**
- 13. Mitteilungen
- 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.12.2022

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 14.12.2022.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 14.12.2022 Vorlage: VII/2022/05071

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 14.12.2022 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.5 Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (MitBürger & Die PARTEI) zur Abschaffung von personenbezogenen Dienstwagen im Konzern Stadt Halle (Saale) und bei den städtischen Töchtern Vorlage: VII/2022/04860

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Dr. Marquardt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dass bei allen zukünftig innerhalb ~~des Konzerns Stadt Halle (Saale)~~ **der städtischen Beteiligungen** zu schließenden Arbeitsverträgen ~~bei gemäß § 45 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 KVG LSA in der Zuständigkeit des Stadtrates liegenden Personalangelegenheiten~~ von einer Dienstwagenregelung bzw. einer entsprechenden Zusatzvereinbarung abgesehen wird. Über Ausnahmen entscheidet der Stadtrat.
- ~~2. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die dahingehend erlassenen Verwaltungsvorschriften entsprechend anzupassen.~~
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, über die jeweiligen Gesellschafterversammlungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften Beschlüsse analog zu Beschlusspunkt 1 herbeizuführen.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Inés Brock-Harder (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Einrichtung einer Telefonhotline für Eltern, Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema Jugendkriminalität Vorlage: VII/2022/04987**

Herr Paulsen sagte, dass die Anregung intern umfangreich diskutiert wurde. Im Ergebnis ist festzustellen, dass eine nicht zuständige Behörde (Fachbereich Sicherheit) nicht zu den Aufgaben einer anderen Behörde (Polizei) informieren sollte. Die Verwaltung kann sich in diesen Angelegenheiten nicht „zwischenschalten“ und gibt das Anliegen an die Polizei weiter.

Frau Dr. Brock sagte, dass die Anregung nicht dahingehend zu verstehen ist, dass die Verwaltung die Erkenntnisse an die Polizei weiterreichen soll. Es geht darum, den bedrohten Personengruppen einen Ansprechpartner zu geben und Ihnen die Angst zu nehmen, sich direkt an die Polizei wenden zu müssen. Ziel wäre, Eltern und Betroffenen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Herr Paulsen sagte, dass die Polizei Ansprechpartner ist und diese direkt über Vorfälle zu unterrichten ist. Eine Hotline beim Ordnungsamt ist in diesem Prozess nicht der richtige Weg.

zu 7.2 **Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Annette Kreuzfeldt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Winterdienst auf Radwegen**

Frau Riedel sagte, dass sich die Anregung zum Winterdienst auf Radwegen speziell auf die Beräumung in Grünanlagen bezieht. Die Verwaltung setzt die Anregung bereits um. Die Beräumung erfolgt von der Steinmühlenbrücke zur Friedensbrücke und weiter zur Schwänenbrücke bis hin zum Gimritzer Damm. Die Beräumung erfolgt auch entlang der Saale von der Ochsenbrücke bis zur Würfelwiese. Diese Bereiche werden momentan neben den Anliegerpflichten des Grünflächenamtes geräumt. Die Beräumung beschränkt sich vorwiegend auf die Wochentage. Am Wochenende kann die Beräumung etwas länger dauern.

zu 7.3 **Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Carsten Heym (AfD-Stadtratsfraktion) zu Ampelschaltungen im Stadtgebiet**

Herr Paulsen sagte, dass Aktionstage immer gut und sinnvoll sind. Ein solch vorgeschlagener Aktionstag erfolgte bereits durch die Polizei, zuletzt im Rahmen von Schwerpunktkontrollen vom 12.10.2022 bis 14.10.2022. Die Thematik war bei der Polizei zuvor auch schon präsent, darunter im Juni, Juli, August und an drei Terminen im September.

zu 7.4 Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu einer digitalen Hundemarke
Vorlage: VII/2022/04988

Herr Paulsen sagte, dass die Stadt im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes den Onlineantrag zur Anmeldung / Ummeldung / Abmeldung von Hunden einführen muss. Im Zuge dessen wird auch die Einführung einer digitalen Hundemarke geprüft. Er wies daraufhin, dass mit dieser Maßnahme auch ein gewisser Investitionsaufwand verbunden ist und vorrübergehend die digitale und analoge Verfahrensweise angewendet werden müsste. Alternativ wäre auch die Verpflichtung zum Nachweis über fälschungssichere Mikrochips im Hund möglich.

zu 7.5 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu einem Fußgängerüberweg in der Ankerstraße
Vorlage: VII/2022/04964

Herr Paulsen sagte, dass die Verwaltung die Anregung prüfen und über das Ergebnis informieren wird.

Frau Riedel ergänzte, dass aktuell die Verkehrsführung Mansfelder Straße – Altstadttring – Hallorenring diskutiert wird. Sie sagte, dass die Diskussion zur Verkehrsführung Altstadttring abzuwarten ist.

zu 7.6 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) für eine Hundewiese am Grünen Feld
Vorlage: VII/2022/04975

Frau Riedel sagte, dass die Grünfläche am Grünen Feld von vielen Nutzungsarten frequentiert ist. Es verbliebe nur eine kleine Fläche, die als Hundewiese genutzt werden könnte. Der Erhalt einer solchen kleinen Fläche ist jedoch schwierig, so mal auch die finanziellen Mittel für eine weitere freiwillige Aufgabe, wie die Einzäunung einer Hundewiese, nicht vorhanden sind. Bezüglich einer Hundetoilette müsste mit der Stadtwirtschaft Rücksprache gehalten werden.

zu 7.7 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zum Radweg in der Elsa-Brändström-Straße
Vorlage: VII/2022/04977

Herr Paulsen sagte, dass die Verwaltung die Situation anders als dargestellt bewertet. Die Verwaltung schätzt die Umverlegung des Radweges kurz vor der Sanierung des Bereiches als nicht notwendig und sinnvoll ein, zumal damit Kosten verbunden wären und die Thematik des Baumschutzes dann zusätzlich betrachtet werden müsste. Es handelt sich in dem Bereich nicht um einen benutzungspflichtigen Radweg.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Frau Dr. Burkert zum Fachbereich Soziales**

Frau Dr. Burkert sagte, dass die Kassenärztliche Vereinigung Überweisungsscheine von Asylärzten zu Fachärzten nicht anerkennt und ein Originalschein vom FB Soziales nachgereicht werden muss. Sie fragte, ob dies der Verwaltung bekannt ist und die Asylärzte entsprechend über die Verfahrensweise in Kenntnis gesetzt wurden. Sie fragte, ob der Arbeitsprozess optimiert werden kann.

Frau Brederlow sagte, dass sich die Landesregierung für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende einsetzen muss, damit der Prozess vereinfacht werden kann.

zu 8.2 **Frau Dr. Burkert zu Stellungnahmen der Verwaltung**

Frau Dr. Burkert fragte, ob die Verwaltung Stellungnahmen zu Anträgen im Zuge der Diskussion in den Fachausschüssen hinterlegen könnte.

Herr Paulsen sagte, dass nicht immer schon bei einer Verweisung eine Stellungnahme möglich ist, weil die Thematik vorab noch nicht ausdiskutiert wurde. Die Verwaltung ist bestrebt, schon bei der Verweisung von Anträgen das Ziel der Ausschussberatung zu formulieren.

zu 9 **Anregungen**

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Frau Dr. Marquardt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Judith Marquardt
Beigeordnete für Kultur und Sport

Maik Stehle
Protokollführer